

Netzanschlussvertrag Hochdruck und Mitteldruck

zwischen

Netzgesellschaft Düsseldorf mbH, Höherweg 200, 40233 Düsseldorf

-nachfolgend „Netzbetreiber“ genannt-

und

-nachfolgend „Anschlussnehmer“ genannt-

Entnahmestelle:

Marktlotation:

Druckebene: Hochdruck
Mitteldruck

Netzanschlusskapazität: kW

Druckregelstation:

1 Vertragsgegenstand

- 1.1 Dieser Vertrag regelt den Anschluss der Gasanlage des Anschlussnehmers an das Netz des Netzbetreibers (im Folgenden: Netzanschluss) zum Zweck der Entnahme von Erdgas sowie die sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten.
- 1.2 Die Anschlussnutzung sowie die Netznutzung sind nicht Gegenstand dieses Vertrages. Der Anschluss von Biomethananlagen an das Netz des Netzbetreibers ist ebenfalls nicht Gegenstand dieses Vertrages.

2 Herstellung des Netzanschlusses

- 2.1 Der Netzbetreiber stellt den Netzanschluss gegen Erstattung der Netzanschlusskosten sowie eines Baukostenzuschusses her und hält ihn für die Dauer dieses Vertrages dem Anschlussnehmer vor.
- 2.2 Der Netzanschluss besteht aus der Verbindung des Verteilernetzes des Netzbetreibers mit der Anlage des Anschlussnehmers. Die Netzanschlussleitung endet mit der ersten Absperreinrichtung in Gebäuden oder auf Grundstücken.
- 2.3 Der Anschluss wird bis zur Übergabestelle vom Netzbetreiber unterhalten. Die Kundenanlage nach der Übergabestelle – abgesehen von den Messeinrichtungen des Netzbetreibers bzw. Messstellenbetreibers – steht im Eigentum des Anschlussnehmers und ist von diesem auf seine Kosten zu unterhalten.

3 Netzanschluss und Leistungsbereitstellung

- 3.1 Bei mehreren Anschlussnutzern darf die Summe der in Anspruch genommenen Leistung aller Anschlussnutzer nicht höher sein als die im Netzanschlussvertrag vereinbarte maximale Leistung (Netzanschlusskapazität). Ein Anspruch auf eine höhere Netzanschlusskapazität besteht nicht. Die Anschlussnutzer dürfen die mit dem Anschlussnehmer vereinbarte Netzanschlusskapazität nicht überschreiten.
- 3.2 Der Kunde ist verpflichtet, dem Ausspeisenetzbetreiber den Wegfall seiner in Anspruch genommenen Netzanschlusskapazität an der vertraglichen Übergabestelle unverzüglich mitzuteilen.

4 Netzanschlusskosten, Baukostenzuschuss weitere Leistungen

- 4.1 Für die Erstellung des Anschlusses durch den Netzbetreiber entrichtet der Kunde ein Entgelt gemäß dem vom Netzbetreiber unterbreiteten Angebot zur Erstellung des Netzanschlusses an den Netzbetreiber.
- 4.2 Sofern der Anschlussnehmer zukünftig eine Änderung des Anschlusses wünscht, ist er ebenfalls verpflichtet, ein Entgelt an den Netzbetreiber zu zahlen. Dazu wird ihm der Netzbetreiber auf Wunsch ein Angebot unterbreiten.
- 4.3 Der Netzbetreiber ist berechtigt, einen Baukostenzuschuss in voller Höhe der – bezogen auf die bereitgestellte Netzanschlusskapazität anteiligen – Herstellungskosten der vorgeschalteten Netzanlagen zu verlangen.

- 4.4 Die Höhe des Baukostenzuschusses wird vom Netzbetreiber entsprechend § 315 BGB nach billigem Ermessen unter Zugrundelegung eines vereinfachten Verfahrens ermittelt. Dieses Verfahren berücksichtigt Mittelwerte der aktuellen Anschaffungs- und Herstellungskosten für vorgeschaltete Netzanlagen im gesamten Netzgebiet des Netzbetreibers. Die Höhe des Baukostenzuschusses ist dem vom Netzbetreiber unterbreiteten Angebot zu entnehmen.
- 4.5 Der Anschlussnehmer zahlt dem Netzbetreiber einen weiteren Baukostenzuschuss, wenn der Anschlussnehmer seine Leistungsanforderung erheblich über das der ursprünglichen Berechnung zugrunde liegende Maß hinaus erhöht.
- 4.6 Vom Anschlussnehmer verlangte, von dem Angebot des Netzbetreibers zur Herstellung des Netzanschlusses nicht erfasste Leistungen sind, sofern nichts anderes vereinbart, nach Aufwand gesondert zu vergüten.
- 4.7 Der Netzbetreiber ist berechtigt, dem Kunden für die Trennung des Kundenanschlusses vom Verteilnetz aufgrund von Vertragsverletzungen durch den Kunden und den anschließenden Wiederanschluss, Kosten mindestens in Höhe des dem Netzbetreiber entstandenen Aufwandes in Rechnung zu stellen.
- 4.8 Auf die Entgelte fällt die jeweils gültige Umsatzsteuer an.

5 Zustimmung des Grundstückseigentümers, Mitteilung über Eigentumswechsel

- 5.1 Ist der Anschlussnehmer nicht Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigter, ist er verpflichtet, eine schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Herstellung des Netzanschlusses unter Anerkennung der für den Anschlussnehmer und den Grundstückseigentümer damit verbundenen Verpflichtungen beizubringen. Hierzu ist der vom Netzbetreiber zur Verfügung gestellte Vordruck zu verwenden. Dieser ist der Anlage 4 bzw. dem Internetauftritt des Netzbetreibers unter www.netz-duesseldorf.de zu entnehmen.
- 5.2 Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber jede Änderung der Eigentumsverhältnisse an dem Grundstück oder am angeschlossenen Objekt unverzüglich in Textform mitzuteilen.

6 Trennung und Rückbau des Netzanschlusses

- 6.1 Wünscht der Anschlussnehmer eine Trennung des Netzanschlusses (z.B. wegen des Abbruchs eines Gebäudes oder der Wiederbebauung eines Grundstücks) hat dieser die für die Trennung anfallenden Kosten zu zahlen.
- 6.2 Bei Beendigung dieses Vertrages aufgrund endgültiger Einstellung der Versorgung ist der Netzbetreiber berechtigt, den Netzanschluss zu demontieren. Die Kosten für die Demontage werden dem Anschlussnehmer in Rechnung gestellt.

7 Zahlungsmodalitäten

- 7.1 Die Rechnungen werden zu dem vom Netzbetreiber angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Rechnung, ohne Abzug fällig.
- 7.2 Gegen Ansprüche des Netzbetreibers kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

8 Zutrittsrecht

- 8.1 Der Anschlussnehmer hat nach vorheriger Benachrichtigung dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers oder des Messstellenbetreibers den Zutritt zum Grundstück und zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen und Messeinrichtungen, zum Austausch der Messeinrichtung, auch anlässlich eines Wechsels des Messstellenbetreibers, zur Ablesung der Messeinrichtung oder zur Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung erforderlich ist.
- 8.2 Eine vorherige Benachrichtigung ist bei Gefahren für die Sicherheit von Personen oder Anlagen oder Störungen Dritter oder störender Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers oder Dritter nicht erforderlich. Bei Gefahr oder Störungen ist dem Netzbetreiber Zugang zu allen Teilen der Anlage zu gewähren.

9 Datenverarbeitung

Die für die Abwicklung des Vertragsverhältnisses erforderlichen Daten werden im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes vom Netzbetreiber verarbeitet und genutzt. Falls erforderlich, werden Daten an die an der Abwicklung des Vertragsverhältnisses beteiligten Unternehmen weitergegeben.

10 Versorgung von Letztverbrauchern im kundeneigenen Netz

Sofern über den Anschluss des Anschlussnehmers weitere Letztverbraucher versorgt werden (Betrieb einer Kundenanlage nach § 3 Abs. 24a oder b EnWG), verpflichtet sich der Anschlussnehmer den Netzbetreiber unverzüglich zu informieren. In diesem Fall ist eine separate Vereinbarung zwischen dem Betreiber der Kundenanlage und dem Netzbetreiber zu schließen.

11 Haftung

- 11.1 Die Haftung des Netzbetreibers für Schäden aus Unterbrechungen oder Unregelmäßigkeiten des Netzanschlusses ist dem Grund und der Höhe nach entsprechend § 5 GasNZV in Verbindung mit § 18 NDAV begrenzt.

Gleiches gilt für Schäden, die der Anschlussnehmer bei der Errichtung, der Änderung und/ oder dem Betrieb des Netzanschlusses oder einer Druckregelanlage durch den Netzbetreiber erleidet.

- 11.2 Der Anschlussnehmer verpflichtet sich, mit nachgelagerten Letztverbrauchern eine Haftungsregelung gem. § 18 NDAV zu treffen; für den Fall, dass eine solche Vereinbarung nicht getroffen wird, stellt er den Netzbetreiber im Falle eines Schadenseintritts so, als wäre eine entsprechende Regelung getroffen worden (Freistellung.)
- 11.3 Die in den vorstehenden Absätzen genannten Haftungsregelungen gem. § 18 NDAV gelten auch in Bezug auf gesetzliche Vertreter, Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH.
- 11.4 Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, bei höherwertigen Verbrauchsgeräten eigene Vorsorge gegen deren Beschädigung bei Unterbrechung bzw. Unregelmäßigkeiten der Belieferung zu treffen. Weiterhin hat er den Netzbetreiber unter Angabe von Gründen in Textform auf die Möglichkeit erheblicher Sach- und Vermögensschäden hinzuweisen und bereits getroffene eigene Vorsorgemaßnahmen anzugeben. Der Netzbetreiber kann den Kunden auf weitere mögliche Maßnahmen zur Schadensminderung hinweisen.
- 11.5 Für Fälle, in denen die Haftungsbeschränkung und der Haftungsausschluss nach Ziffer 11.1 nicht anwendbar oder nicht einschlägig ist, ist die Haftung des Netzbetreibers sowie seiner Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen gegenüber Anschlussnehmern und Anschlussnutzern für schuldhaft verursachte Schäden ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wurde. Dies gilt nicht bei
- a. Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit
 - b. der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (sog. Kardinalpflichten)

Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche auf anderen Umständen als Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den Schaden, den der Netzbetreiber bei Abschluss des jeweiligen Vertrages als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die er kannte oder kennen musste, hätte voraussehen müssen. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nicht leitende Angestellte) außerhalb des Bereichs der wesentlichen Vertragspflichten sowie der Lebens-, Körper- oder Gesundheitsschäden. Vorgenannte Haftungsbegrenzungen und –ausschlüsse gelten auch für Erfüllungsgehilfen des Netzbetreibers und für die Haftung des Anschlussnehmers gegenüber dem Netzbetreiber. Der Geschädigte hat der anderen Vertragspartei einen Schaden unverzüglich mitzuteilen.

- 11.6 Die Bestimmungen des Produkthaftungsgesetzes und des Haftpflichtgesetzes bleiben unberührt. Handelt es sich bei dem Anschlussnehmer um eine juristische Person des öffentlichen Rechts, um ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder um einen Kaufmann im Sinne der §§ 1 ff. HGB, der den Netzanschluss für sein Handelsgewerbe benötigt, so ist die Haftung des Netzbetreibers nach dem Haftpflichtgesetz wegen Sachschäden des Anschlussnehmers ausgeschlossen.

12 Laufzeit, Kündigung und Übergang des Vertragsverhältnisses

- 12.1 Der Netzanschlussvertrag tritt mit beiderseitiger Unterzeichnung in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Das Netzanschlussverhältnis kann mit einer Frist von drei Monaten auf das Ende eines Kalendermonats gekündigt werden. Eine Kündigung durch den Netzbetreiber ist nur möglich, soweit eine Pflicht zum Netzanschluss nach § 17 Abs. 2 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht besteht. Die Kündigung bedarf der Textform.
- 12.2 Im Fall des Eigentumsübergangs an der Kundenanlage ist der bisherige Anschlussnehmer verpflichtet, dem Netzbetreiber den Eigentumsübergang und die Person des neuen Eigentümers unverzüglich in Textform anzuzeigen.
- 12.3 Bei einer wesentlichen Änderung des zu Grunde liegenden Netzanschluss-/ Netzzugangskonzeptes sowie bei Änderung oder Fortentwicklung des Energiewirtschaftsrechts (insbesondere des EnWG und der darauf beruhenden Verordnungen) sind beide Vertragspartner berechtigt, eine Anpassung des Vertrages zu verlangen. Gesetzliche Anpassungsansprüche der Vertragspartner bleiben hiervon unberührt.

13 Anwendung der NDAV, der Ergänzenden Bedingungen der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH zur NDAV und der Technischen Anschlussbedingungen für Gas-Druckregel- und –messanlagen (GDRM-Anlagen) an das Mitteldruck / Hochdrucknetz der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH

Soweit in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist, gelten die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (NDAV) vom 1. November 2006 in der jeweils gültigen Fassung, die ergänzenden Bedingungen der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH zur NDAV in ihrer jeweils gültigen Fassung sowie die technischen Anschlussbedingungen für Gas-Druckregel- und –messanlagen (GDRM-Anlagen) an das Mitteldruck/Hochdrucknetz der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH in ihrer jeweils gültigen Fassung. Die vorgenannten Regelwerke sind diesem Vertrag als Anlage beigefügt und darüber hinaus auf der Homepage der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH www.netz-duesseldorf.de veröffentlicht.

14 Schlichtungsverfahren bei der Schlichtungsstelle Energie e.V.

Zur Beilegung von Streitigkeiten kann unter den Voraussetzungen des § 111b EnWG ein Schlichtungsverfahren bei der Schlichtungsstelle Energie e.V. beantragt werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH kontaktiert und keine beidseitig zufriedenstellende Lösung gefunden wurde.

Kontaktdaten Schlichtungsstelle:

Schlichtungsstelle Energie e.V.
Friedrichstraße 133
10117 Berlin
Tel.: 030 / 27 57 240 – 0
Internet: www.schlichtungsstelle-energie.de
Email: info@schlichtungsstelle-energie.de

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH ist verpflichtet, an einem entsprechenden Schlichtungsverfahren teilzunehmen.

Darüber hinaus können Sie zur Beilegung von Streitigkeiten eine internetgestützte Plattform der EU-Kommission nutzen, die unter dem Link ec.europa.eu/consumers/odr/ zur Verfügung steht.

15 Schlussbestimmungen

- 15.1 Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen durch andere ihrem wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende zu ersetzen. Dies gilt entsprechend bei unbeabsichtigten Regelungslücken.
- 15.2 Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Gleiches gilt für die Änderung der Schriftformklausel.
- 15.3 Der Gerichtsstand für Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist Düsseldorf.
- 15.4 Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung des Vertrages.

16 Anlagen

Die nachfolgenden Anlagen sind Bestandteil des Vertrages.

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | NDAV |
| Anlage 2 | Ergänzende Bedingungen zur NDAV der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH |
| Anlage 3 | technische Anschlussbedingungen für Gas-Druckregel- und -messenanlagen (GDRM-Anlagen) an das MD-/HD-Netz der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH |
| Anlage 4 | Zustimmungserklärung des Grundstückseigentümers |

Düsseldorf, den _____

Netzgesellschaft Düsseldorf mbH
(Netzbetreiber)

Unterschrift des Anschlussnehmers

Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung - NDAV)

NDAV

Ausfertigungsdatum: 01.11.2006

Vollzitat:

"Niederdruckanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477, 2485), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2549) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 8 G v. 29.8.2016 I 2034

Hinweis: Änderung durch Art. 7 G v. 17.12.2018 I 2549 (Nr. 47) mWv 21.12.2018 textlich nachgewiesen, dokumentarisch noch nicht abschließend bearbeitet

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 8.11.2006 +++)

Die V wurde als Artikel 2 der V v. 1.11.2006 I 2477 von der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit Zustimmung des Bundesrates erlassen. Sie ist gem. Art. 4 Satz 1 dieser V am 8.11.2006 in Kraft getreten.

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen
- § 2 Netzanschlussverhältnis
- § 3 Anschlussnutzungsverhältnis
- § 4 Inhalt des Vertrages und der Bestätigung des Netzbetreibers

Teil 2

Netzanschluss

- § 5 Netzanschluss
- § 6 Herstellung des Netzanschlusses
- § 7 Art des Netzanschlusses
- § 8 Betrieb des Netzanschlusses
- § 9 Kostenerstattung für die Herstellung oder Änderung des Netzanschlusses
- § 10 Druckregelgeräte, besondere Einrichtungen
- § 11 Baukostenzuschüsse
- § 12 Grundstücksbenutzung
- § 13 Gasanlage
- § 14 Inbetriebsetzung der Gasanlage
- § 15 Überprüfung der Gasanlage

Teil 3

Anschlussnutzung

- § 16 Nutzung des Anschlusses
- § 17 Unterbrechung der Anschlussnutzung
- § 18 Haftung bei Störungen der Anschlussnutzung

Teil 4

Gemeinsame Vorschriften

Abschnitt 1

Anlagenbetrieb und Rechte des Netzbetreibers

- § 19 Betrieb von Gasanlagen und Verbrauchsgeräten, Eigenerzeugung
- § 20 Technische Anschlussbedingungen
- § 21 Zutrittsrecht
- § 22 Messeinrichtungen

Abschnitt 2

Fälligkeit, Folgen von Zuwiderhandlungen, Beendigung der Rechtsverhältnisse

- § 23 Zahlung, Verzug
- § 24 Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung
- § 25 Kündigung des Netzanschlussverhältnisses
- § 26 Beendigung des Anschlussnutzungsverhältnisses
- § 27 Fristlose Kündigung oder Beendigung

Teil 5

Schlussbestimmungen

- § 28 Gerichtsstand
- § 29 Übergangsregelung

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen

(1) Diese Verordnung regelt die Allgemeinen Bedingungen, zu denen Netzbetreiber nach § 18 Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes jedermann in Niederdruck an ihr Gasversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung anzuschließen und den Anschluss zur Entnahme von Gas zur Verfügung zu stellen haben. Diese sind Bestandteil der Rechtsverhältnisse über den Netzanschluss an das Gasversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung (Netzanschluss) und die Anschlussnutzung, soweit sie sich nicht ausdrücklich allein auf eines dieser Rechtsverhältnisse beziehen. Die Verordnung gilt für alle nach dem 12. Juli 2005 abgeschlossenen Netzanschlussverhältnisse und ist auch auf alle Anschlussnutzungsverhältnisse anzuwenden, die vor ihrem Inkrafttreten entstanden sind.

(2) Anschlussnehmer ist jedermann im Sinne des § 18 Abs. 1 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes, in dessen Auftrag ein Grundstück oder Gebäude an das Niederdrucknetz angeschlossen wird, oder im Übrigen jeder Eigentümer oder Erbbauberechtigte eines Grundstücks oder Gebäudes, das an das Niederdrucknetz angeschlossen ist.

(3) Anschlussnutzer ist jeder Letztverbraucher, der im Rahmen eines Anschlussnutzungsverhältnisses einen Anschluss an das Niederdrucknetz zur Entnahme von Gas nutzt.

(4) Netzbetreiber im Sinne dieser Verordnung ist der Betreiber eines Gasversorgungsnetzes der allgemeinen Versorgung im Sinne des § 18 Abs. 1 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes.

§ 2 Netzanschlussverhältnis

(1) Das Netzanschlussverhältnis umfasst den Anschluss der Gasanlage über den Netzanschluss und dessen weiteren Betrieb. Es besteht zwischen dem Anschlussnehmer und dem Netzbetreiber.

(2) Das Netzanschlussverhältnis entsteht durch Vertrag erstmalig mit dem Anschlussnehmer, der die Herstellung des Netzanschlusses in Auftrag gibt. Bei Herstellung eines Netzanschlusses ist der Netzanschlussvertrag schriftlich abzuschließen.

(3) Anschlussnehmer, die nicht Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigte sind, haben die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Herstellung und Änderung des Netzanschlusses unter Anerkennung der für den Anschlussnehmer und ihn damit verbundenen Verpflichtungen beizubringen.

(4) Bei angeschlossenen Grundstücken oder Gebäuden entsteht das Netzanschlussverhältnis mit dem Eigentumsübergang an der Kundenanlage zwischen dem jeweiligen Eigentümer und dem Netzbetreiber, sofern der bisherige Eigentümer der Anschlussnehmer gewesen ist. Zu diesem Zeitpunkt erlischt das Netzanschlussverhältnis mit dem bisherigen Anschlussnehmer, sofern dieser Eigentümer der Kundenanlage gewesen ist; hinsichtlich bis dahin begründeter Zahlungsansprüche und Verbindlichkeiten bleibt der bisherige Anschlussnehmer berechtigt und verpflichtet. Der Eigentumsübergang und die Person des neuen Anschlussnehmers hat der bisherige Anschlussnehmer dem Netzbetreiber unverzüglich in Textform anzuzeigen. Der bisherige Anschlussnehmer hat dem neuen Anschlussnehmer die Angaben nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 zu übermitteln.

(5) Der Netzbetreiber hat dem neuen Anschlussnehmer den Vertragsschluss oder die Anzeige nach Absatz 4 Satz 3 unverzüglich in Textform zu bestätigen. Im Vertrag nach Absatz 2 oder in der Bestätigung nach Satz 1 ist auf die Allgemeinen Bedingungen einschließlich der ergänzenden Bedingungen des Netzbetreibers hinzuweisen.

§ 3 Anschlussnutzungsverhältnis

(1) Inhalt der Anschlussnutzung ist das Recht zur Nutzung des Netzanschlusses zur Entnahme von Gas. Die Anschlussnutzung umfasst weder die Belieferung des Anschlussnutzers mit Gas noch den Zugang zu den Gasversorgungsnetzen im Sinne des § 20 des Energiewirtschaftsgesetzes. Das Anschlussnutzungsverhältnis besteht zwischen dem jeweiligen Anschlussnutzer und dem Netzbetreiber.

(2) Das Anschlussnutzungsverhältnis kommt dadurch zustande, dass über den Netzanschluss Gas aus dem Verteilernetz entnommen wird, wenn

1. der Anschlussnutzer spätestens im Zeitpunkt der erstmaligen Entnahme einen Vertrag über den Bezug von Gas abgeschlossen hat oder die Voraussetzungen einer Ersatzversorgung nach § 38 des Energiewirtschaftsgesetzes vorliegen und
2. dem Anschlussnutzer oder dessen Lieferanten ein Recht auf Netzzugang nach § 20 des Energiewirtschaftsgesetzes zusteht.

Bei Kenntnis über den Wegfall der Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 ist der Netzbetreiber verpflichtet, den Anschlussnutzer und den Grundversorger hierüber unverzüglich in Textform zu unterrichten und den Anschlussnutzer auf die Grundversorgung nach § 36 des Energiewirtschaftsgesetzes und die Ersatzversorgung nach § 38 des Energiewirtschaftsgesetzes hinzuweisen.

(3) Der Anschlussnutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber die Aufnahme der Nutzung des Netzanschlusses zur Entnahme von Gas unverzüglich in Textform mitzuteilen. Der Netzbetreiber hat dem Anschlussnutzer die Mitteilung unverzüglich in Textform zu bestätigen. In der Bestätigung ist auf die Allgemeinen Bedingungen einschließlich der ergänzenden Bedingungen und auf die Haftung des Netzbetreibers nach § 18 hinzuweisen.

§ 4 Inhalt des Vertrages und der Bestätigung des Netzbetreibers

(1) Der Netzanschlussvertrag und die Bestätigung des Netzbetreibers in Textform nach § 2 Abs. 5 Satz 1 und § 3 Abs. 3 Satz 2 sollen eine zusammenhängende Aufstellung aller für den Vertragsschluss nach § 2 Abs. 2 oder die Anschlussnutzung nach § 3 notwendigen Angaben enthalten, insbesondere

1. Angaben zum Anschlussnehmer oder -nutzer (Firma, Registergericht, Registernummer, Familienname, Vorname, Geburtstag, Adresse, Kundennummer),
2. Anlagenadresse und Bezeichnung des Zählers oder des Aufstellungsorts des Zählers,
3. Angaben zum Netzbetreiber (Firma, Registergericht, Registernummer und Adresse) und
4. gegenüber dem Anschlussnehmer auch die am Ende des Netzanschlusses vorzuhaltende Leistung.

Soweit die Angaben nach Satz 1 Nr. 1 nicht vorliegen, ist der Anschlussnehmer oder -nutzer verpflichtet, diese dem Netzbetreiber auf Anforderung mitzuteilen.

(2) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, jedem Neukunden bei Entstehen des Netzanschlussverhältnisses oder des Anschlussnutzungsverhältnisses und auf Verlangen den übrigen Kunden die Allgemeinen Bedingungen unentgeltlich auszuhändigen. Er hat die Allgemeinen Bedingungen auf seiner Internetseite zu veröffentlichen.

(3) Änderungen der ergänzenden Bedingungen, zu denen auch die Technischen Anschlussbedingungen nach § 20 gehören, und Kostenerstattungsregelungen des Netzbetreibers werden jeweils zum Monatsbeginn erst nach öffentlicher Bekanntgabe und im Falle der Technischen Anschlussbedingungen erst nach zusätzlicher Mitteilung an die Regulierungsbehörde wirksam. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, die Änderungen am Tage der öffentlichen Bekanntgabe auf seiner Internetseite zu veröffentlichen.

Teil 2

Netzanschluss

§ 5 Netzanschluss

Der Netzanschluss verbindet das Gasversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung mit der Gasanlage des Anschlussnehmers, gerechnet von der Versorgungsleitung bis zu den Innenleitungen der Gebäude und Grundstücke. Er besteht aus der Netzanschlussleitung, einer gegebenenfalls vorhandenen Absperrereinrichtung außerhalb des Gebäudes, Isolierstück, Hauptabsperrereinrichtung und gegebenenfalls Haus-Druckregelgerät. Auf ein Druckregelgerät sind die Bestimmungen über den Netzanschluss auch dann anzuwenden, wenn es hinter dem Ende des Netzanschlusses innerhalb des Bereichs der Kundenanlage eingebaut ist.

§ 6 Herstellung des Netzanschlusses

(1) Netzanschlüsse werden durch den Netzbetreiber hergestellt. Die Herstellung des Netzanschlusses soll vom Anschlussnehmer schriftlich in Auftrag gegeben werden; auf Verlangen des Netzbetreibers ist ein von diesem zur Verfügung gestellter Vordruck zu verwenden. Der Netzbetreiber hat dem Anschlussnehmer den voraussichtlichen Zeitbedarf für die Herstellung des Netzanschlusses mitzuteilen.

(2) Art, Zahl und Lage der Netzanschlüsse werden nach Beteiligung des Anschlussnehmers und unter Wahrung seiner berechtigten Interessen vom Netzbetreiber nach den anerkannten Regeln der Technik bestimmt. Das Interesse des Anschlussnehmers an einer kostengünstigen Errichtung der Netzanschlüsse ist dabei besonders zu berücksichtigen.

(3) Auf Wunsch des Anschlussnehmers hat der Netzbetreiber die Errichter weiterer Anschlussleitungen sowie der Telekommunikationslinien im Sinne des § 3 Nr. 26 des Telekommunikationsgesetzes im Hinblick auf eine gemeinsame Verlegung der verschiedenen Gewerke zu beteiligen. Er führt die Herstellung oder Änderungen des Netzanschlusses entweder selbst oder mittels Nachunternehmer durch. Wünsche des Anschlussnehmers bei der Auswahl des durchführenden Nachunternehmers sind vom Netzbetreiber angemessen zu berücksichtigen. Der Anschlussnehmer ist berechtigt, die für die Herstellung des Netzanschlusses erforderlichen Erdarbeiten auf seinem Grundstück im Rahmen des technisch Möglichen und nach den Vorgaben des Netzbetreibers durchzuführen oder durchführen zu lassen. Der Anschlussnehmer hat die baulichen Voraussetzungen für die sichere Errichtung des Netzanschlusses zu schaffen; für die Hauptabsperrereinrichtung ist ein nach den anerkannten Regeln der Technik geeigneter Platz zur Verfügung zu stellen.

§ 7 Art des Netzanschlusses

(1) Der Brennwert mit der sich aus den Erzeugungs- oder Bezugsverhältnissen ergebenden Schwankungsbreite sowie der für die Versorgung des Kunden maßgebende Ruhedruck des Gases ergeben sich aus den ergänzenden Bedingungen des Netzbetreibers zu den Allgemeinen Netzanschlussbedingungen.

(2) Der Netzbetreiber kann den Brennwert und Druck sowie die Gasart ändern, falls dies in besonderen Fällen aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen zwingend notwendig ist. Der Kunde ist davon unverzüglich zu unterrichten. Bei der Umstellung der Gasart sind die Belange des Kunden, soweit möglich, angemessen zu berücksichtigen.

§ 8 Betrieb des Netzanschlusses

(1) Netzanschlüsse gehören zu den Betriebsanlagen des Netzbetreibers. Er hat sicherzustellen, dass sie in seinem Eigentum stehen oder ihm zur wirtschaftlichen Nutzung überlassen werden; soweit erforderlich, ist der Anschlussnehmer insoweit zur Mitwirkung verpflichtet. Netzanschlüsse werden ausschließlich von dem Netzbetreiber unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt. Sie müssen zugänglich und vor Beschädigungen geschützt sein. Der Anschlussnehmer darf keine Einwirkungen auf den Netzanschluss vornehmen oder vornehmen lassen.

(2) Jede Beschädigung des Netzanschlusses, insbesondere undichte Absperrrichtungen oder Druckregelgeräte sowie das Fehlen von Plomben, ist dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen.

(3) Änderungen des Netzanschlusses werden nach Anhörung des Anschlussnehmers und unter Wahrung seiner berechtigten Interessen vom Netzbetreiber bestimmt.

§ 9 Kostenerstattung für die Herstellung oder Änderung des Netzanschlusses

(1) Der Netzbetreiber ist berechtigt, vom Anschlussnehmer die Erstattung der bei wirtschaftlich effizienter Betriebsführung notwendigen Kosten für

1. die Herstellung des Netzanschlusses,
2. die Änderungen des Netzanschlusses, die durch eine Änderung oder Erweiterung der Kundenanlage erforderlich oder aus anderen Gründen vom Anschlussnehmer veranlasst werden,

zu verlangen. Die Kosten können auf der Grundlage der durchschnittlich für vergleichbare Fälle entstehenden Kosten pauschal berechnet werden. Im Falle einer pauschalierten Kostenberechnung sind Eigenleistungen des Anschlussnehmers angemessen zu berücksichtigen. Die Netzanschlusskosten sind so darzustellen, dass der Anschlussnehmer die Anwendung des pauschalierten Berechnungsverfahrens einfach nachvollziehen kann; wesentliche Berechnungsbestandteile sind auszuweisen.

(2) Der Netzbetreiber ist berechtigt, für die Herstellung oder Änderungen des Netzanschlusses Vorauszahlung zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles Grund zu der Annahme besteht, dass der Anschlussnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Werden von einem Anschlussnehmer mehrere Netzanschlüsse beauftragt, ist der Netzbetreiber berechtigt, angemessene Abschlagszahlungen zu verlangen.

(3) Kommen innerhalb von zehn Jahren nach Herstellung des Netzanschlusses weitere Anschlüsse hinzu und wird der Netzanschluss dadurch teilweise zum Bestandteil des Verteilernetzes, so hat der Netzbetreiber die Kosten neu aufzuteilen und dem Anschlussnehmer einen zu viel gezahlten Betrag zu erstatten.

§ 10 Druckregelgeräte, besondere Einrichtungen

(1) Muss zum Netzanschluss eines Grundstücks ein besonderes Druckregelgerät oder eine besondere Einrichtung angebracht werden, so kann der Netzbetreiber verlangen, dass der Anschlussnehmer einen geeigneten Raum oder Platz unentgeltlich für die Dauer des Netzanschlussverhältnisses des Grundstücks zur Verfügung stellt. Der Netzbetreiber darf die Einrichtungen auch für andere Zwecke benutzen, soweit dies für den Anschlussnehmer zumutbar ist.

(2) Wird der Netzanschlussverhältnis für das Grundstück beendet, so hat der Anschlussnehmer die Einrichtung noch drei Jahre unentgeltlich zu dulden, es sei denn, dass ihm dies nicht zugemutet werden kann.

(3) Der Anschlussnehmer kann die Verlegung der Einrichtungen an eine andere geeignete Stelle verlangen, wenn ihm ihr Verbleiben an der bisherigen Stelle nicht mehr zugemutet werden kann. Die Kosten der Verlegung

hat der Netzbetreiber zu tragen; dies gilt nicht, soweit die Anlage ausschließlich der Anschlussnutzung des Grundstücks dient.

§ 11 Baukostenzuschüsse

(1) Der Netzbetreiber kann von dem Anschlussnehmer einen angemessenen Baukostenzuschuss zur Deckung der bei wirtschaftlich effizienter Betriebsführung notwendigen Kosten für die Erstellung oder Verstärkung der örtlichen Verteileranlagen verlangen, soweit sich diese Anlagen ganz oder teilweise dem Versorgungsbereich zuordnen lassen, in dem der Anschluss erfolgt. Baukostenzuschüsse dürfen höchstens 50 vom Hundert dieser Kosten betragen.

(2) Der von dem Anschlussnehmer als Baukostenzuschuss zu übernehmende Kostenanteil bemisst sich nach dem Verhältnis, in dem die an seinem Netzanschluss vorzuhaltende Leistung zu der Summe der Leistungen steht, die in den im betreffenden Versorgungsbereich erstellten Verteileranlagen oder auf Grund der Verstärkung insgesamt vorgehalten werden können. Der Durchmischung der jeweiligen Leistungsanforderungen ist Rechnung zu tragen. Der Baukostenzuschuss kann auf der Grundlage der durchschnittlich für vergleichbare Fälle entstehenden Kosten pauschal berechnet werden.

(3) Der Netzbetreiber ist berechtigt, von dem Anschlussnehmer einen weiteren Baukostenzuschuss zu verlangen, wenn der Anschlussnehmer seine Leistungsanforderung erheblich über das der ursprünglichen Berechnung zugrunde liegende Maß hinaus erhöht. Der Baukostenzuschuss ist nach den Absätzen 1 und 2 zu bemessen.

(4) Der Baukostenzuschuss und die in § 9 geregelten Netzanschlusskosten sind getrennt zu errechnen und dem Anschlussnehmer aufgliedert auszuweisen.

(5) § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 12 Grundstücksbenutzung

(1) Anschlussnehmer, die Grundstückseigentümer sind, haben für Zwecke der örtlichen Versorgung das Anbringen und Verlegen von Leitungen nebst Zubehör, insbesondere Verteileranlagen, über ihre im Gebiet des Gasversorgungsnetzes der allgemeinen Versorgung liegenden Grundstücke sowie erforderliche Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke,

1. die an das Gasversorgungsnetz angeschlossen sind,
2. die vom Eigentümer in wirtschaftlichem Zusammenhang mit einem an das Netz angeschlossenen Grundstück genutzt werden oder
3. für die die Möglichkeit des Netzanschlusses sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist.

Sie besteht nicht, wenn die Inanspruchnahme der Grundstücke den Eigentümer mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belasten würde; insbesondere ist die Inanspruchnahme des Grundstücks zwecks Anschlusses eines anderen Grundstücks an das Gasversorgungsnetz grundsätzlich verwehrt, wenn der Anschluss über das eigene Grundstück des anderen Anschlussnehmers möglich und dem Netzbetreiber zumutbar ist.

(2) Der Anschlussnehmer ist rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme des Grundstücks zu benachrichtigen.

(3) Der Grundstückseigentümer kann die Verlegung der Einrichtungen verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind. Die Kosten der Verlegung hat der Netzbetreiber zu tragen; dies gilt nicht, soweit die Einrichtungen ausschließlich dem Anschluss des Grundstücks dienen.

(4) Wird die Anschlussnutzung eingestellt, so hat der Eigentümer die auf seinen Grundstücken befindlichen Einrichtungen noch drei Jahre unentgeltlich zu dulden, es sei denn, dass ihm dies nicht zugemutet werden kann.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für öffentliche Verkehrswege und Verkehrsflächen sowie für Grundstücke, die durch Planfeststellung für den Bau von öffentlichen Verkehrswegen und Verkehrsflächen bestimmt sind.

§ 13 Gasanlage

(1) Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Instandhaltung der Gasanlage hinter der Hauptabsperreinrichtung (Anlage), mit Ausnahme des Druckregelgerätes und der Messeinrichtungen, die nicht in seinem Eigentum stehen, ist der Anschlussnehmer verantwortlich. Satz 1 gilt nicht für die Messeinrichtungen,

die nicht im Eigentum des Anschlussnehmers stehen. Hat der Anschlussnehmer die Anlage ganz oder teilweise einem Dritten vermietet oder sonst zur Benutzung überlassen, so bleibt er verantwortlich.

(2) Die Anlage darf nur nach den Vorschriften dieser Verordnung, nach anderen anzuwendenden Rechtsvorschriften und behördlichen Bestimmungen sowie nach den anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und instand gehalten werden. In Bezug auf die allgemein anerkannten Regeln der Technik gilt § 49 Abs. 2 Nr. 2 des Energiewirtschaftsgesetzes entsprechend. Die Arbeiten dürfen außer durch den Netzbetreiber nur durch ein in ein Installateurverzeichnis eines Netzbetreibers eingetragenes Installationsunternehmen durchgeführt werden; im Interesse des Anschlussnehmers darf der Netzbetreiber eine Eintragung in das Installateurverzeichnis nur von dem Nachweis einer ausreichenden fachlichen Qualifikation für die Durchführung der jeweiligen Arbeiten abhängig machen. Es dürfen nur Materialien und Gasgeräte verwendet werden, die unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik hergestellt wurden. Die Einhaltung der Voraussetzungen des Satzes 4 wird vermutet, wenn die vorgeschriebene CE-Kennzeichnung vorhanden ist. Sofern die CE-Kennzeichnung nicht vorgeschrieben ist, wird dies auch vermutet, wenn die Materialien oder Gasgeräte das Zeichen einer akkreditierten Stelle tragen. Materialien und Gasgeräte, die

1. in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Türkei rechtmäßig hergestellt oder in den Verkehr gebracht worden sind oder
2. in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum rechtmäßig hergestellt worden sind

und die den technischen Spezifikationen der Zeichen im Sinne des Satzes 6 nicht entsprechen, werden einschließlich der von den vorgenannten Staaten durchgeführten Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn mit ihnen das geforderte Schutzniveau gleichermaßen dauerhaft erreicht wird. Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Ausführung der Arbeiten zu überwachen.

(3) Anlagenteile, die sich vor den Messeinrichtungen befinden, können vom Netzbetreiber plombiert werden. Die dafür erforderliche Ausstattung der Anlage ist nach den Angaben des Netzbetreibers vom Anschlussnehmer zu veranlassen.

§ 14 Inbetriebsetzung der Gasanlage

(1) Der Netzbetreiber oder dessen Beauftragter hat die Anlage über den Netzanschluss an das Verteilernetz anzuschließen und in Betrieb zu nehmen, indem er nach erfolgtem Einbau der Messeinrichtung und gegebenenfalls des Druckregelgerätes durch Öffnung der Absperrrichtungen die Gaszufuhr freigibt. Die Anlage hinter diesen Einrichtungen hat das Installationsunternehmen in Betrieb zu setzen.

(2) Jede Inbetriebsetzung der Anlage ist beim Netzbetreiber von dem Unternehmen, das nach § 13 Abs. 2 die Arbeiten an der Anlage ausgeführt hat, in Auftrag zu geben. Auf Verlangen des Netzbetreibers ist ein von diesem zur Verfügung gestellter Vordruck zu verwenden.

(3) Der Netzbetreiber kann für die Inbetriebsetzung vom Anschlussnehmer Kostenerstattung verlangen. Die Kosten können auf der Grundlage der durchschnittlich für vergleichbare Fälle entstehenden Kosten pauschal berechnet werden. Die Kosten sind so darzustellen, dass der Anschlussnehmer die Anwendung des pauschalierten Berechnungsverfahrens einfach nachvollziehen kann.

§ 15 Überprüfung der Gasanlage

(1) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Anlage vor und, um unzulässige Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers oder Dritter auszuschließen, nach ihrer Inbetriebsetzung zu überprüfen. Er hat den Anschlussnehmer auf erkannte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann deren Beseitigung verlangen.

(2) Werden Mängel festgestellt, welche die Sicherheit gefährden oder erhebliche Störungen erwarten lassen, so ist der Netzbetreiber berechtigt, den Anschluss zu verweigern oder die Anschlussnutzung zu unterbrechen; bei Gefahr für Leib oder Leben ist er hierzu verpflichtet.

(3) Durch Vornahme oder Unterlassung der Überprüfung der Anlage sowie durch deren Anschluss an das Verteilernetz übernimmt der Netzbetreiber keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage. Dies gilt nicht, wenn er bei einer Überprüfung Mängel festgestellt hat, die eine Gefahr für Leib oder Leben darstellen.

Teil 3

Anschlussnutzung

§ 16 Nutzung des Anschlusses

(1) Der Netzbetreiber ist bei Bestehen eines Anschlussnutzungsverhältnisses verpflichtet, dem Anschlussnutzer in dem im Netzanschlussverhältnis vorgesehenen Umfang die Nutzung des Netzanschlusses jederzeit zu ermöglichen. Dies gilt nicht, soweit und solange der Netzbetreiber hieran durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm im Sinne des § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Energiewirtschaftsgesetzes aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.

(2) Der Netzbetreiber hat Brennwert und Druck möglichst gleichbleibend zu halten. Allgemein übliche Gasgeräte müssen einwandfrei betrieben werden können. Stellt der Anschlussnutzer Anforderungen an die Gasqualität, die über die Verpflichtungen nach den Sätzen 1 und 2 hinausgehen, so obliegt es ihm selbst, innerhalb seines Bereichs Vorkehrungen zum störungsfreien Betrieb seiner Geräte und Anlagen zu treffen.

(3) Zwischen Anschlussnutzer und Netzbetreiber gelten die §§ 7, 8, 12 und 13 Abs. 1 und 2, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und 3 sowie § 15 entsprechend.

§ 17 Unterbrechung der Anschlussnutzung

(1) Die Anschlussnutzung kann unterbrochen werden, soweit dies zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten oder zur Vermeidung eines drohenden Netzzusammenbruchs erforderlich ist. Der Netzbetreiber hat jede Unterbrechung oder Unregelmäßigkeit unverzüglich zu beheben. Eine notwendige Unterbrechung wegen eines vom Anschlussnutzer veranlassten Austauschs der Messeinrichtung durch einen Messstellenbetreiber nach den Vorschriften des Messstellenbetriebsgesetzes hat der Netzbetreiber nicht zu vertreten.

(2) Der Netzbetreiber hat die Anschlussnutzer bei einer beabsichtigten Unterbrechung der Anschlussnutzung rechtzeitig in geeigneter Weise zu unterrichten. Die Pflicht zur Benachrichtigung entfällt, wenn die Unterrichtung

1. nach den Umständen nicht rechtzeitig möglich ist und der Netzbetreiber dies nicht zu vertreten hat oder
2. die Beseitigung von bereits eingetretenen Unterbrechungen verzögern würde.

In den Fällen des Satzes 3 ist der Netzbetreiber verpflichtet, dem Anschlussnutzer auf Nachfrage nachträglich mitzuteilen, aus welchem Grund die Unterbrechung vorgenommen worden ist.

§ 18 Haftung bei Störungen der Anschlussnutzung

(1) Soweit der Netzbetreiber für Schäden, die ein Anschlussnutzer durch Unterbrechung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Anschlussnutzung erleidet, aus Vertrag, Anschlussnutzungsverhältnis oder unerlaubter Handlung haftet und dabei Verschulden des Unternehmens oder eines Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen vorausgesetzt wird, wird

1. hinsichtlich eines Vermögensschadens widerleglich vermutet, dass Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt,
2. hinsichtlich der Beschädigung einer Sache widerleglich vermutet, dass Vorsatz oder Fahrlässigkeit vorliegt.

Bei Vermögensschäden nach Satz 1 Nr. 1 ist die Haftung für sonstige Fahrlässigkeit ausgeschlossen.

(2) Bei weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verursachten Sachschäden ist die Haftung des Netzbetreibers gegenüber seinen Anschlussnutzern auf jeweils 5.000 Euro begrenzt. Die Haftung für nicht vorsätzlich verursachte Sachschäden ist je Schadensereignis insgesamt begrenzt auf

1. 2,5 Millionen Euro bei bis zu 25.000 an das eigene Netz angeschlossenen Anschlussnutzern;
2. 10 Millionen Euro bei 25.001 bis 100.000 an das eigene Netz angeschlossenen Anschlussnutzern;
3. 20 Millionen Euro bei 100.001 bis 200.000 an das eigene Netz angeschlossenen Anschlussnutzern;
4. 30 Millionen Euro bei 200.001 bis einer Million an das eigene Netz angeschlossenen Anschlussnutzern;
5. 40 Millionen Euro bei mehr als einer Million an das eigene Netz angeschlossene Anschlussnutzern.

In diese Höchstgrenzen werden auch Schäden von Anschlussnutzern in Mittel- und Hochdruck einbezogen, wenn die Haftung ihnen gegenüber im Einzelfall entsprechend Satz 1 begrenzt ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auch auf Ansprüche von Anschlussnutzern anzuwenden, die diese gegen einen dritten Netzbetreiber im Sinne des § 3 Nr. 27 des Energiewirtschaftsgesetzes aus unerlaubter Handlung

geltend machen. Die Haftung dritter Netzbetreiber im Sinne des § 3 Nr. 27 des Energiewirtschaftsgesetzes ist je Schadensereignis insgesamt begrenzt auf das Dreifache des Höchstbetrages, für den sie nach Absatz 2 Satz 2 eigenen Anschlussnutzern gegenüber haften. Hat der dritte Netzbetreiber im Sinne des § 3 Nr. 27 des Energiewirtschaftsgesetzes keine eigenen an das Netz angeschlossenen Anschlussnutzer im Sinne dieser Verordnung, so ist die Haftung insgesamt auf 200 Millionen Euro begrenzt. In den Höchstbetrag nach den Sätzen 2 und 3 können auch Schadensersatzansprüche von nicht unter diese Verordnung fallenden Kunden einbezogen werden, die diese gegen das dritte Unternehmen aus unerlaubter Handlung geltend machen, wenn deren Ansprüche im Einzelfall entsprechend Absatz 2 Satz 1 begrenzt sind. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, seinen Anschlussnutzern auf Verlangen über die mit der Schadensverursachung durch einen dritten Netzbetreiber im Sinne des § 3 Nr. 27 des Energiewirtschaftsgesetzes zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können und ihre Kenntnis zur Geltendmachung des Schadensersatzes erforderlich ist.

(4) Bei grob fahrlässig verursachten Vermögensschäden ist die Haftung des Netzbetreibers, an dessen Netz der Anschlussnutzer angeschlossen ist, oder eines dritten Netzbetreibers, gegen den der Anschlussnutzer Ansprüche geltend macht, gegenüber seinen Anschlussnutzern auf jeweils 5.000 Euro sowie je Schadensereignis insgesamt auf 20 vom Hundert der in Absatz 2 Satz 2 sowie Absatz 3 Satz 2 und 3 genannten Höchstbeträge begrenzt. Absatz 2 Satz 3 sowie Absatz 3 Satz 1, 4 und 5 gelten entsprechend.

(5) Übersteigt die Summe der Einzelschäden die jeweilige Höchstgrenze, so wird der Schadensersatz in dem Verhältnis gekürzt, in dem die Summe aller Schadensersatzansprüche zur Höchstgrenze steht. Sind nach Absatz 2 Satz 3 oder nach Absatz 3 Satz 4, jeweils auch in Verbindung mit Absatz 4, Schäden von nicht unter diese Verordnung fallenden Kunden in die Höchstgrenze einbezogen worden, so sind sie auch bei der Kürzung nach Satz 1 entsprechend einzubeziehen. Bei Ansprüchen nach Absatz 3 darf die Schadensersatzquote nicht höher sein als die Quote der Kunden des dritten Netzbetreibers.

(6) Die Ersatzpflicht entfällt für Schäden unter 30 Euro, die weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verursacht worden sind.

(7) Der geschädigte Anschlussnutzer hat den Schaden unverzüglich dem Netzbetreiber oder, wenn dieses feststeht, dem ersatzpflichtigen Unternehmen mitzuteilen.

Teil 4

Gemeinsame Vorschriften

Abschnitt 1

Anlagenbetrieb und Rechte des Netzbetreibers

§ 19 Betrieb von Gasanlagen und Verbrauchsgerten, Eigenerzeugung

(1) Anlage und Gasgeräte sind vom Anschlussnehmer oder -nutzer so zu betreiben, dass Störungen anderer Anschlussnehmer oder -nutzer und störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers oder Dritter ausgeschlossen sind.

(2) Erweiterungen und Änderungen von Anlagen sowie die Verwendung zusätzlicher Gasgeräte sind dem Netzbetreiber mitzuteilen, soweit sich dadurch die vorzuhaltende Leistung erhöht oder mit Netzzrückwirkungen zu rechnen ist. Nähere Einzelheiten über den Inhalt der Mitteilung kann der Netzbetreiber regeln.

(3) Vor der Errichtung einer Eigenanlage hat der Anschlussnehmer oder -nutzer dem Netzbetreiber Mitteilung zu machen. Der Anschlussnehmer oder -nutzer hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von seiner Eigenanlage keine schädlichen Rückwirkungen in das Gasversorgungsnetz möglich sind. Der Anschluss von Eigenanlagen ist mit dem Netzbetreiber abzustimmen. Dieser kann den Anschluss von der Einhaltung der von ihm nach § 20 festzulegenden Maßnahmen zum Schutz vor Rückwirkungen abhängig machen.

§ 20 Technische Anschlussbedingungen

Der Netzbetreiber ist berechtigt, in Form von Technischen Anschlussbedingungen weitere technische Anforderungen an den Netzanschluss und andere Anlagenteile sowie an den Betrieb der Anlage einschließlich der Eigenanlage festzulegen, soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Versorgung, insbesondere im Hinblick auf die Erfordernisse des Verteilernetzes, notwendig ist. Diese Anforderungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Der Anschluss bestimmter Verbrauchsgerten kann von der

vorherigen Zustimmung des Netzbetreibers abhängig gemacht werden. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Anschluss eine sichere und störungsfreie Versorgung gefährden würde.

§ 21 Zutrittsrecht

Der Anschlussnehmer oder -nutzer hat nach vorheriger Benachrichtigung dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers, des Messstellenbetreibers oder des Messdienstleisters den Zutritt zum Grundstück und zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen und Messeinrichtungen, zum Austausch der Messeinrichtung, auch anlässlich eines Wechsels des Messstellenbetreibers, zur Ablesung der Messeinrichtung oder zur Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung erforderlich ist. Die Benachrichtigung kann durch Mitteilung an die jeweiligen Anschlussnehmer oder -nutzer oder durch Aushang an oder im jeweiligen Haus erfolgen. Im Falle der Ablesung der Messeinrichtungen muss die Benachrichtigung mindestens drei Wochen vor dem Betretungstermin erfolgen; mindestens ein Ersatztermin ist anzubieten. Eine vorherige Benachrichtigung ist in den Fällen des § 24 Abs. 1 nicht erforderlich.

§ 22 Messeinrichtungen

(1) Für Messeinrichtungen hat der Anschlussnehmer Zählerplätze nach den anerkannten Regeln der Technik unter Verwendung der vom Netzbetreiber vorgesehenen DIN-Typen vorzusehen.

(2) Der Netzbetreiber bestimmt den Aufstellungsort der Messeinrichtungen und die Zählerplätze. Bei der Wahl des Aufstellungsorts ist die Möglichkeit einer Fernauslesung der Messdaten zu berücksichtigen. Soweit dies technisch machbar und wirtschaftlich zumutbar ist, sind in Gebäuden, die neu an das Energieversorgungsnetz angeschlossen oder einer größeren Renovierung im Sinne der Richtlinie 2002/91/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. EU Nr. L 1 S. 65) unterzogen werden, die baulichen Voraussetzungen für den Einbau von Messeinrichtungen zu schaffen, die dem jeweiligen Anschlussnutzer den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegeln. Er hat den Anschlussnehmer anzuhören und dessen berechnete Interessen zu wahren. Er ist verpflichtet, auf Verlangen des Anschlussnehmers einer Verlegung der Messeinrichtungen zuzustimmen, wenn dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist. Der Anschlussnehmer hat die Kosten einer Verlegung der Messeinrichtungen nach Satz 4 zu tragen.

(3) Der Anschlussnehmer oder -nutzer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Mess- und Steuereinrichtungen zugänglich sind. Er hat den Verlust, Beschädigungen und Störungen von Messeinrichtungen dem Netzbetreiber und dem Messstellenbetreiber unverzüglich mitzuteilen.

Abschnitt 2

Fälligkeit, Folgen von Zuwiderhandlungen, Beendigung der Rechtsverhältnisse

§ 23 Zahlung, Verzug

(1) Rechnungen werden zu dem vom Netzbetreiber angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig. Einwände gegen Rechnungen berechtigen gegenüber dem Netzbetreiber zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, soweit die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers besteht. § 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt von Satz 2 unberührt.

(2) Bei Zahlungsverzug des Anschlussnehmers oder -nutzers kann der Netzbetreiber, wenn er erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, die dadurch entstandenen Kosten für strukturell vergleichbare Fälle auch pauschal berechnen; die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen.

(3) Gegen Ansprüche des Netzbetreibers kann vom Anschlussnehmer oder -nutzer nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

§ 24 Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung

(1) Der Netzbetreiber ist berechtigt, den Netzanschluss und die Anschlussnutzung ohne vorherige Androhung zu unterbrechen, wenn der Anschlussnehmer oder -nutzer dieser Verordnung zuwiderhandelt und die Unterbrechung erforderlich ist, um

1. eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Sachen von erheblichem Wert abzuwenden,

2. die Anschlussnutzung unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern oder
3. zu gewährleisten, dass Störungen anderer Anschlussnehmer oder -nutzer oder störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers oder Dritter ausgeschlossen sind.

Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Anschlussnehmer oder -nutzer auf Nachfrage mitzuteilen, aus welchem Grund die Unterbrechung vorgenommen worden ist.

(2) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist der Netzbetreiber berechtigt, den Netzanschluss und die Anschlussnutzung vier Wochen nach Androhung zu unterbrechen. Dies gilt nicht, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen oder der Anschlussnehmer oder -nutzer darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt.

(3) Der Netzbetreiber ist berechtigt, auf Anweisung des Lieferanten des Anschlussnutzers die Anschlussnutzung zu unterbrechen, soweit der Lieferant dem Anschlussnutzer gegenüber hierzu vertraglich berechtigt ist und der Lieferant das Vorliegen der Voraussetzungen für die Unterbrechung der Anschlussnutzung gegenüber dem Netzbetreiber glaubhaft versichert und den Netzbetreiber von sämtlichen Schadensersatzansprüchen freistellt, die sich aus einer unberechtigten Unterbrechung ergeben können; dabei ist auch glaubhaft zu versichern, dass dem Anschlussnutzer keine Einwendungen oder Einreden zustehen, die die Voraussetzungen der Unterbrechung der Anschlussnutzung entfallen lassen.

(4) In den Fällen des Absatzes 2 ist der Beginn der Unterbrechung des Netzanschlusses und der Anschlussnutzung dem Anschlussnutzer drei Werktage im Voraus anzukündigen. Dies gilt nicht, soweit der Lieferant zu einer entsprechenden Ankündigung verpflichtet ist.

(5) Der Netzbetreiber hat die Unterbrechung des Netzanschlusses und der Anschlussnutzung unverzüglich aufzuheben, sobald die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind und der Anschlussnehmer oder -nutzer oder im Falle des Absatzes 3 der Lieferant oder der Anschlussnutzer die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung des Anschlusses und der Anschlussnutzung ersetzt hat. Die Kosten können für strukturell vergleichbare Fälle pauschal berechnet werden; die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen. Der Nachweis geringerer Kosten ist dem Kunden zu gestatten.

§ 25 Kündigung des Netzanschlussverhältnisses

(1) Das Netzanschlussverhältnis kann mit einer Frist von einem Monat auf das Ende eines Kalendermonats gekündigt werden. Eine Kündigung durch den Netzbetreiber ist nur möglich, soweit eine Pflicht zum Netzanschluss nach § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht besteht.

(2) Tritt an Stelle des bisherigen Netzbetreibers ein anderes Unternehmen in die sich aus dem Netzanschlussverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten ein, so bedarf es hierfür nicht der Zustimmung des Anschlussnehmers. Der Wechsel des Netzbetreibers ist öffentlich bekannt zu machen und den Anschlussnehmern mitzuteilen.

(3) Die Kündigung bedarf der Textform.

§ 26 Beendigung des Anschlussnutzungsverhältnisses

(1) Das Anschlussnutzungsverhältnis besteht, bis der Anschlussnutzer die Anschlussnutzung einstellt. Er ist verpflichtet, dies dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen.

(2) Im Falle einer Kündigung des Netzanschlussvertrages nach § 25 oder § 27 endet das Anschlussnutzungsverhältnis mit der Beendigung des Netzanschlussvertrages.

§ 27 Fristlose Kündigung oder Beendigung

Der Netzbetreiber ist in den Fällen des § 24 Abs. 1 berechtigt, das Netzanschlussverhältnis fristlos zu kündigen oder die Anschlussnutzung fristlos zu beenden, wenn die Voraussetzungen zur Unterbrechung des Netzanschlusses und der Anschlussnutzung wiederholt vorliegen. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen nach § 24 Abs. 2 ist der Netzbetreiber zur fristlosen Kündigung berechtigt, wenn sie zwei Wochen vorher angedroht wurde; § 24 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Teil 5

Schlussbestimmungen

§ 28 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist der Ort des Netzanschlusses und der Anschlussnutzung.

§ 29 Übergangsregelung

(1) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, die Anschlussnehmer durch öffentliche Bekanntgabe und Veröffentlichung im Internet über die Möglichkeit einer Anpassung nach § 115 Abs. 1 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes zu informieren. Die Anpassung ist in Textform zu verlangen. Der Netzbetreiber kann die Anpassung gegenüber allen Anschlussnehmern auch in der in Satz 1 genannten Weise verlangen. Im Falle des Satzes 3 erfolgt die Anpassung mit Wirkung vom auf die Bekanntmachung folgenden Tag. Von der Anpassung ausgenommen ist § 4 Abs. 1.

(2) Die Frist nach § 10 Abs. 2 und nach § 12 Abs. 4 beginnt mit dem 8. November 2006. Läuft jedoch die in § 10 Abs. 6 und § 11 Abs. 2 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Gasversorgung von Tarifkunden vom 21. Juni 1979 (BGBl. I S. 676), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214), bestimmte Frist früher als die gemäß Satz 1 bestimmte Frist ab, bleibt es dabei.

(3) Wird vor dem 1. Juli 2007 ein Anschluss an eine Verteileranlage hergestellt, die vor dem 8. November 2006 errichtet oder mit deren Errichtung vor dem 8. November 2006 begonnen worden ist und ist der Anschluss ohne Verstärkung der Verteileranlage möglich, so kann der Netzbetreiber abweichend von § 11 Abs. 1 und 2 einen Baukostenzuschuss nach Maßgabe der für die Verteileranlage bisher verwendeten Berechnungsmaßstäbe verlangen. Der nach Satz 1 berechnete Baukostenzuschuss ist auf den Wert nach § 11 Abs. 1 Satz 2 zu kürzen.

zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss
und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck
(Niederdruckanschlussverordnung- NDAV) vom 1. November 2006

1. Netzanschlussvertrag (§ 2 NDAV)

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH unterbreitet dem Anschlussnehmer ein schriftliches Angebot über den Anschluss seines Bauvorhabens an das Verteilungsnetz bzw. über die Änderung des Netzanschlusses. Diesem Angebot ist die Höhe der Netzanschlusskosten und des Baukostenzuschusses zu entnehmen. Der Anschlussnehmer erteilt der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH aufgrund des Angebotes schriftlich den Auftrag zur Herstellung bzw. Veränderung des Netzanschlusses (Beauftragung).

2. Netzanschluss (§§ 5-9 NDAV)

2.1 Das für den Kunden über den Netzanschluss anstehende Erdgas wird mit einem Druck von 25mbar bereitgestellt. Der Brennwert ist unter www.netz-duesseldorf.de veröffentlicht.

2.2 Die Herstellung sowie Veränderung des Netzanschlusses auf Veranlassung des Anschlussnehmers sind unter Verwendung der von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH zur Verfügung gestellten Vordrucke „Kundenanfrage Netzanschluss“ zu beantragen.

2.3 Für vergleichbare Netzanschlüsse innerhalb des Versorgungsbereiches werden pauschal die durchschnittlichen Kosten je Netzanschluss gemäß dem Preisblatt der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH (veröffentlicht im Internet auf der Homepage der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH) berechnet.

2.4 Bei Netzanschlüssen, die nach Art, Dimension und Lage von üblichen Netzanschlüssen wesentlich abweichen, werden die Kosten gesondert ermittelt und berechnet.

2.5 Über eine Netzanschlussleitung dürfen in einem Streifen von 1 m links und rechts dieser Leitung keine Bäume oder Sträucher gepflanzt, sowie Oberflächenbefestigungen gleich welcher Art vorgenommen werden. Werden dennoch Bäume oder Sträucher innerhalb der vorgenannten Grenzen gepflanzt oder Oberflächenbefestigungen vorgenommen, werden diese auf Kosten des Anschlussnehmers entfernt. Hierbei entstehende Schäden werden von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH nicht ersetzt. Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH ist zudem als Gasnetzbetreiber nach DVGW Arbeitsblatt G465 dazu verpflichtet, in einem regelmäßigen Turnus Gasleitungen zu begehen und zu prüfen. Gem. § 8 Abs. 1 Satz 4 NDAV müssen Netzanschlüsse zugänglich und vor Beschädigungen geschützt sein.

2.6 Wird auf der Netzanschlussleitung z.B. die Errichtung einer Treppe oder einer Terrasse geplant, so stellt dies grundsätzlich eine Überbauung dar. Im Vorfeld ist hier die Art der Ausgestaltung mit der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH abzustimmen.

2.7 Bei Beendigung des Netzanschlussverhältnisses ist die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH berechtigt, den Netzanschluss von der Verteilungsanlage abzutrennen und ganz oder zum Teil zu entfernen. Die dadurch entstehenden Kosten werden von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH übernommen. Dies gilt nicht, wenn es sich um eine vorübergehende Trennung des Netzanschlusses auf Wunsch des Kunden handelt.

3. Baukostenzuschüsse (BKZ) (§ 11 NDAV)

Der Baukostenzuschuss richtet sich nach den Regelungen des § 11 der NDAV und den Regelungen dieser „Ergänzenden Bedingungen“.

3.1 Der Anschlussnehmer i.S.d. § 1 Abs. 2 der NDAV zahlt der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH einen angemessenen Baukostenzuschuss für die durch seine Leistungsanforderung notwendige Erstellung oder Verstärkung der Verteilungsanlagen der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH.

3.2 Der Versorgungsbereich i. S. d. § 11 Abs. 2 NDAV bestimmt sich nach der versorgungsgerechten Ausbaukonzeption für die örtlichen Verteilungsanlagen im Rahmen der behördlichen Planungsvorgaben (z.B. Bebauungsplan, Erschließungsplan, Gebietsentwicklungsplan). Der Kostenanteil des Baukostenzuschusses bemisst sich nach § 11 Abs. 1 bis 2 der NDAV in Verbindung mit den Regelungen dieser Ergänzenden Bedingungen.

3.3 Der Baukostenzuschuss (BKZ) wird auf der Grundlage des Zwei-Ebenen-Modells auf Basis von Tagesneuwerten ermittelt und entsprechend der jeweiligen Leistungsanforderung berechnet.

3.4 Der Anschlussnehmer zahlt einen weiteren Baukostenzuschuss, wenn er seine Leistungsanforderung um mehr als 5 % gegenüber der zuvor vereinbarten Leistungsbereitstellung erhöht.

3.5 Der Anschlussnehmer teilt der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH die Erweiterung oder Änderung von Anlagen sowie die Verwendung zusätzlicher Verbrauchsgeräte unter Nutzung des vom Netzbetreiber herausgegebenen Formulars „Kundenanfrage Netzanschluss“ mit.

3.6 Die Höhe des weiteren Baukostenzuschusses bemisst sich entsprechend Ziffer 3.3.

4. Technik und Betrieb

Technische Anschlussbedingungen (§ 20 NDAV)

4.1 Der Anschluss des Kunden an das Netz des Netzbetreibers und die an das Netz des Netzbetreibers angeschlossenen und mit Gas zu versorgenden Einrichtungen des Kunden müssen den jeweiligen gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und den jeweils anerkannten Regeln der Technik (z.B. Technische Regeln für Gas-Installationen DVGW-TRGI, DIN-Normen, Unfallverhütungsvorschriften, etc.) entsprechen. Es dürfen nur Materialien und Geräte verwendet werden, die entsprechend dem in der Europäischen Gemeinschaft gegebenen Stand der Sicherheitstechnik hergestellt sind.

4.2 Der Kunde ist für den Betrieb und die Instandhaltung der in seinem Eigentum befindlichen Anlagen verantwortlich und trägt die damit verbundenen Kosten, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist.

4.3 Die Anlage darf außer durch den Netzbetreiber nur durch einen in das Installateurverzeichnis eines Netzbetreibers eingetragenen Installateur nach den geltenden gesetzlichen oder behördlichen Bestimmungen sowie nach anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und unterhalten werden. Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Ausführungen der Arbeiten zu überwachen. Anlagenteile in denen nicht gemessenes Gas fließt, können plombiert werden.

4.4 Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Anlagen an der Übergabestelle des Kunden auf ihren vorschriftsmäßigen Zustand hin zu prüfen. Durch eine Vornahme oder Unterlassung der Überprüfung der Anlagen sowie durch deren Anschluss an das Netz übernimmt der Netzbetreiber keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlagen.

5. Inbetriebsetzung

Die Inbetriebsetzung der Gasanlage erfolgt durch Einbau des Druckregelgerätes und durch Öffnen der Hauptabsperreinrichtung durch die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH, bzw. durch deren Beauftragten. Jede Inbetriebsetzung ist beim Netzbetreiber über das Installationsunternehmen, das die Arbeiten an der Gasanlage ausgeführt hat, unter Verwendung des im Internet abrufbaren Formulars Inbetriebsetzung Gas zu beauftragen.

6. Messeinrichtung und Messung

6.1 Der Einbau, der Betrieb und die Wartung von Messeinrichtungen sowie die Messung der gelieferten Energie sind Aufgabe des grundzuständigen Messstellenbetreibers gem. § 3 Abs. 1 und Abs. 2 MsbG, soweit nicht auf Wunsch des betroffenen Anschlussnutzers der Messstellenbetrieb gem. § 5 Abs. 1 MsbG oder § 6 Abs. 1 MsbG von einem Dritten durchgeführt wird. Wird der Messstellenbetrieb nicht gemäß § 5 Abs. 1 MsbG oder § 6 Abs. 1 MsbG durch einen Dritten durchgeführt, bleibt der Netzbetreiber als grundzuständiger Messstellenbetreiber zuständig und es gelten die nachfolgenden Ziffern 6.2 und 6.3.

6.2 Es ist Aufgabe des Netzbetreibers, die für die Abrechnung der Netznutzer relevanten Verbrauchsdaten zu erfassen, zu verarbeiten und an die berechtigten Stellen weiterzuleiten. Der Netzbetreiber legt Art, Umfang und Anbringungsort der Messeinrichtung fest, mit der die für die Abrechnung relevanten Zählwerte ermittelt werden; dabei sind die berechtigten Interessen des Kunden zu wahren. Die Messeinrichtungen müssen die eichrechtlichen Vorschriften erfüllen und stehen im Eigentum des Netzbetreibers.

6.3 Der Kunde haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung von Mess- und Steuereinrichtungen, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Er wird den Verlust sowie Beschädigungen oder Störungen dieser Einrichtungen dem Netzbetreiber unverzüglich mitteilen.

7. Verlegung von Versorgungseinrichtungen

Soweit die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH auf Antrag des Anschlussnehmers Einrichtungen oder Anlagen verlegt, ohne dazu nach § 12 Abs. 3 oder § 22 Abs. 2 der NDAV verpflichtet zu sein, hat der Anschlussnehmer die Kosten zu tragen.

8. Zahlungsverzug, Einstellung und Wiederherstellung des Anschlusses und der Anschlussnutzung (§§ 23, 24 NDAV)

Die Kosten aufgrund eines Zahlungsverzuges, einer Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung sowie der Wiederherstellung des Anschlusses und der Anschlussnutzung sind vom Anschlussnehmer/Anschlussnutzer nach den im Internet veröffentlichten Pauschalsätzen zu ersetzen.

9. Umsatzsteuer

Zu den in diesen Ergänzenden Bedingungen genannten Entgelten wird die Umsatzsteuer in der im Liefer-/Leistungszeitpunkt jeweils gesetzlich festgelegten Höhe zusätzlich berechnet. Die Kosten aus Zahlungsverzug sowie der Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung unterliegen nicht der Umsatzsteuer.

10. Schlichtungsverfahren bei der Schlichtungsstelle Energie e.V.

Zur Beilegung von Streitigkeiten kann unter den Voraussetzungen des § 111b EnWG ein Schlichtungsverfahren bei der Schlichtungsstelle Energie e.V. beantragt werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH kontaktiert und keine beidseitig zufriedenstellende Lösung gefunden wurde.

Kontaktdaten Schlichtungsstelle:

Schlichtungsstelle Energie e.V.
Friedrichstraße 133
10117 Berlin
Tel.: 030 / 27 57 240 - 0
Internet: www.schlichtungsstelle-energie.de
Email: info@schlichtungsstelle-energie.de

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH ist verpflichtet, an einem entsprechenden Schlichtungsverfahren teilzunehmen.

Darüber hinaus können Sie zur Beilegung von Streitigkeiten eine internetgestützte Plattform der EU-Kommission nutzen, die unter dem Link ec.europa.eu/consumers/odr/ zur Verfügung steht.

11. Inkrafttreten

Diese Fassung der Ergänzenden Bedingungen tritt mit Wirkung zum 01.02.2017 in Kraft.

Stand: 12.01.2017

**Technische Anschlussbedingungen
für Gas-Druckregel- und -
Messanlagen an das MD-
und HD- Netz
im Netzgebiet der
Netzgesellschaft Düsseldorf mbH**

Ausgabe Oktober 2013

Inhaltsverzeichnis

0	Inhaltsverzeichnis	2
1	Anwendungsbereich	3
2	Beschaffung, Einrichtung und Instandhaltungspflicht	3
3	Vorschriften und Richtlinien	3
4	Bauteile einer Anlage	4
4.1	Druckregelanlage	4
4.2	Messanlage	4
4.3	Weitere mögliche Anlagenteile	5
4.4	Messanlagentyp bei einer vertraglich vereinbarten Stundenmenge	5
4.5	Zusatzeinrichtungen	5
5	Eigentumsgrenze	6
6	Planung und Aufstellung	6
6.1	Planung und Einverständniserklärung	6
6.2	Errichtung	6
6.3	Anzeige der Errichtung	6
6.4	Prüfung und Prüfungsnachweise	6
6.5	Eigentumsübergang	7
6.6	Aufnahme der Gasversorgung/ Inbetriebnahme	7
7	Änderungen und Umbauten an GDRM-Anlagen	7
8	Instandhaltung der GDRM-Anlagen	7
8.1	Beauftragung eines Fachunternehmens	7
8.2	Sauberkeit in der Anlage	8
8.3	Meldung über Schäden, Mängel und Störungen	8
8.4	Behebung festgestellter Mängel, Wiederholungsprüfung	8
8.5	Veränderung der Sollwert-Einstellung von Druckregelgeräten	8
9	Gaszählerumgang	8
9.1	Armaturentyp	8
9.2	Öffnung der Gaszählerumgangsarmatur	8
10	Messeinrichtungen, Eichung	9
10.1	Geeichte Messgeräte, amtliche Plomben	9
11	Allgemeines	9
	<u>Anhang</u>	
	Anhang 1	10
	Anhang 2	11

1. Anwendungsbereich

Diese Anschlussbedingungen gelten für Gas- Druckregel- und- Messanlagen mit einer Durchflussmenge von > 360 m³/h und/oder einem Ausgangsdruck > 300 mbar, über die Erdgas aus dem MD- bzw. HD- Netz der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH geliefert wird.

GDRM-Anlagen dienen zur Entspannung und Messung des bezogenen Gases hinter der Übergabestelle (siehe Ziffer 5). Diese Anschlussbedingungen sind Bestandteil des zwischen dem Anschlussnehmer und Netzgesellschaft Düsseldorf mbH abgeschlossenen Netzanschlussvertrages.

2. Beschaffung, Errichtung und Instandhaltungspflicht

Der Kunde ist als Anschlussnehmer Betreiber und Eigentümer der Anlage. Die Beschaffung, Errichtung und Instandhaltung der gesamten GDRM-Anlagen einschließlich erforderlicher Gebäude oder Schutzgehäuse obliegen dem Anschlussnehmer auf seine Kosten (siehe auch Ziffer 8). Ausgenommen hiervon sind die vom Messstellenbetreiber beigestellten Geräte/ Komponenten.

Als Anschlussnehmer ist er verpflichtet, notwendige Erweiterungen, Ergänzungen und Änderungen der Anlage aufgrund geänderter Betriebsverhältnisse, die infolge der allgemeinen Entwicklung der technischen Erkenntnisse oder Änderung gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften notwendig werden, anzuzeigen, die Zustimmung der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH einzuholen und auf seine Kosten durchzuführen. Festgestellte Mängel sind vom Anschlussnehmer unverzüglich zu beseitigen.¹ Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH behält sich das Recht vor, die Anlage jederzeit durch einen Fachmann überprüfen zu lassen. Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass sie betreten werden kann.

Wenn bei der von der SWDN durchgeführten Netzverträglichkeitsberechnung der GDRM Anlage eine mögliche Unterschreitung des Mindestdrucks (ND 30 mbar, MD 450 mbar, HD 2,0 bar) bei -12°C Außentemperatur im vorgelagerten Versorgungsnetz festgestellt wird, hat der Anschlussnehmer auf seine Kosten eine Fernwirkanlage mit der Übertragung von mindestens Eingangsdruck und Gasmenge zu installieren und eine Kommunikationsverbindung zur Netzgesellschaft Düsseldorf mbH per GSM oder Telefonkabelanbindung zu schaffen. Die Standardkomponenten können vorkonfektioniert bei der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH bezogen werden.

3. Vorschriften und Richtlinien

Bei Planung, Bau, Prüfung und Inbetriebnahme der GDRM-Anlagen sowie beim Betrieb und der Instandhaltung sind neben diesen technischen Anschlussbedingungen insbesondere folgende Gesetze, Verordnungen und Technische Regeln in ihrer jeweils gültigen Fassung einzuhalten:

DVGW-Arbeitsblätter:

G 110	Ortsfeste Gaswarneinrichtungen
G 442	Explosionsgefährdete Bereiche an Ausblaseöffnungen von Leitungen zur Atmosphäre an Gasanlagen
G 459-2	Gas-Druckregelung mit Eingangsdrücken bis einschl. 5 bar für Gas-Installationen
G 469	Druckprüfverfahren für Leitungen und Anlagen der Gasversorgung
G 491	Gas-Druckregelanlagen für Eingangsdrücke bis einschließlich 100bar; Planung, Fertigung, Errichtung, Prüfung, Inbetriebnahme und Betrieb
G 492	Anlagen für die Gasmengenmessung mit einem Betriebsdruck bis einschließlich 100 bar; Planung, Fertigung, Errichtung, Prüfung, Inbetriebnahme, Betrieb und Instandhaltung
G 493-1	Qualifikationskriterien für Hersteller von Gas-Druckregel- und Messanlagen
G 493-2	Qualifikationskriterien für Unternehmen zur Instandhaltung von Gasanlagen

¹ Bei Übertragung der Betriebsverantwortung auf einen Betriebsführer können diese Pflichten übergehen. Alle in diesen Richtlinien genannten Druckgrößen bzw. Druckwerte sind Überdrücke über dem jeweils herrschenden Atmosphärendruck

G 494	Schallschutzmaßnahmen an Geräten und Anlagen zur Gas-Druckregelung und Gas-Messung
G 495	Gasanlagen-Instandhaltung
G 496	Rohrleitungen in Gasanlagen
G 498	Durchleitungsdruckbehälter
G 499	Erdgasvorwärmung in Gasanlagen
G 600	Technische Regeln für Gas-Installationen
G 685	Gasabrechnung
G 687	Technische Mindestanforderungen an die Gasmessung
G 689	Technische Mindestanforderungen an den Messstellenbetrieb Gas
G 1010	Anforderungen an die Qualifikation und die Organisation von Betreibern von Erdgasanlagen auf Werksgelände
G 2000	Mindestanforderungen bezüglich Interoperabilität und Anschluss an Gasversorgungsnetze

- Verordnung über Gas-Hochdruckleitungen (GasHL-VO)
- Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft des Gasversorgungsunternehmens
- BetrSichV
- Diverse Technische Regeln für Brandschutz zum Thema Explosionsschutz (TRBS 1201, 2152, 2153 ..)

- Gesetz über das Eich- und Messwesen
- PTB-Richtlinien und –Anforderungen
- DIN und DIN EN Normen

4. Bauteile einer Anlage

4.1 Druckregelanlage

Zur Gas-Druckregelanlage gehören je nach betrieblichen Erfordernissen folgende Bauteile und Geräte:

- ◆ Isolierverbindung
- ◆ Absperrorgane
- ◆ Abscheider
- ◆ Staubfilter
- ◆ Anlagen für die Erdgasvorwärmung
- ◆ Thermometer für die Gastemperatur
- ◆ Sicherheitseinrichtung (SAV, SBV und dergleichen)
- ◆ Gas-Druckregler
- ◆ Geräuschdämpfer (Schalldämpfer)
- ◆ Gas-Druckmesser (Manometer) für Vordruck und geregelten Druck
- ◆ Registrierende Geräte für geregelten Druck

4.2 Messanlage

Zur Gas-Messanlage gehören je nach betrieblichen Erfordernissen folgende Bauteile und Geräte:

- ◆ Isolierverbindung
- ◆ Absperrorgane
- ◆ Abscheider
- ◆ Staubfilter
- ◆ Gaszähler (Beistellung durch Messstellenbetreiber)
- ◆ Gaszählerumgang
- ◆ Mengenumwerter (Beistellung durch Messstellenbetreiber)
- ◆ Impulsgeber am Gaszähler und/oder Mengenumwerter (Beistellung durch Messstellenbetreiber)
- ◆ Zusatzeinrichtungen zur Bildung neuer Messwerte (Beistellung durch Messstellenbetreiber)
- ◆ Gas-Druckmesser für den Messdruck
- ◆ Registrierende Geräte für den Messdruck

- ◆ Thermometer für die Messtemperatur
- ◆ Registrierende Geräte für die Messtemperatur
- ◆ Temperaturtasche zur Prüfung der registrierenden Geräte für die Messtemperatur und des Mengenumwerters
- ◆ Reserve-Vergleichsmesseinrichtung (siehe Ziffer 4.4)

4.3 Weitere mögliche Anlagenteile:

- ◆ Odorieranlage
 - ◆ Gaswarnanlage
 - ◆ Unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV)
- Zusatzeinrichtungen wie:
- ◆ Vorrichtungen zur Fernübertragung von Messdaten
 - ◆ Schnellschlussventile

4.4 Messanlagentyp bei einer vertraglich vereinbarten Stundenmenge

Die Ausführung der Messanlage ist mit dem Messstellenbetreiber abzustimmen.

Anlagenleistung In Normkubikmeter qn	< 5.000 m ³ /h	≥ 5.000- 50.000 m ³ /h	> 50.000 m ³ /h
Gasvolumenmessanlage, einfach mit Gaszählerumgang	X		
Gasvolumenmessanlage, mehrfach mit Reihenschaltmöglichkeit (Z-Schaltung)		X	
Gasvolumenmessanlage, mehrfach mit zwei unterschiedlichen Messprinzipien in Dauerreihenschaltung			X

4.5 Zusatzeinrichtungen

Alle Messanlagen sind mit Registriereinrichtungen und Datenerfassungsgeräten mit DFÜ-Anschluss, anzeigenden und registrierenden Geräten für Vordruck und Messdruck sowie anzeigenden und registrierenden Geräten für die Messtemperatur auszustatten. Die aktuellen technischen Anforderungen hierzu sind mit dem Messstellenbetreiber abzustimmen.

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH hat das Recht, an den Messeinrichtungen für Zwecke der Betriebsüberwachung auf ihre Kosten Vorrichtungen zur Fernübertragung von Messwerten anzubringen. Für den Betrieb der zur Messung und Fernübertragung von Messwerten (Zählerfernauslesung) erforderlichen Geräte hat der Anschlussnehmer einen Stromanschluss und den Betriebsstrom unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Auf eine geeichte Brennwertmessanlage kann verzichtet werden, wenn der Anschlussnehmer den von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH ermittelten Brennwert akzeptiert und dies vertraglich vereinbart wird.

5. Eigentumsgrenze

Die Eigentumsgrenze (Übergabestelle) zwischen der Anschlussleitung und der Kundenanlage ist der erste Flansch in Gasflussrichtung unmittelbar nach der Gebäudeeinführung (max. 1m). Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, unmittelbar nach Einbringung der Anschlussleitung eine entsprechende Absperrarmatur zu montieren.

6. Planung und Aufstellung

6.1 Planung und Einverständniserklärung

Auf der Grundlage der vertraglich vereinbarten technischen Daten, der Betriebsbedingungen und unter Berücksichtigung der Standortverhältnisse beauftragt der Anschlussnehmer Netzgesellschaft Düsseldorf mbH oder ein vom DVGW nach Arbeitsblatt G493-1 anerkanntes Fachunternehmen mit der Ausführungsplanung. Im letzteren Fall sind die Ausführungsunterlagen nach Abschluss der Planung Netzgesellschaft Düsseldorf mbH in zweifacher Ausführung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Aus ihnen und sonstigen Unterlagen muss der Standort der Anlage, die Einbindung in die Ein- und Ausgangsleitung, die Anordnung der Absperrarmaturen, der Aufbau des Gebäudes mit dem Aufstellungsraum der GDRM-Anlage einschließlich der vorgesehenen Be- und Entlüftungsöffnungen und evtl. vorhandener Nebenräume, die Führung der Entspannungs- und Atmungsleitung, die Zoneneinteilung nach EX-RL sowie die Anordnung der gasführenden Bauteile hervorgehen. Die technischen Zeichnungen müssen maßstabsgerecht sein. Eine Stückliste ist beizufügen.

Der Zählereinbau geschieht durch den Messstellenbetreiber. Sollte die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH Messstellenbetreiber sein, ist ein Einbaupasstück gemäß Anlage 1 vorzusehen.

Netzgesellschaft Düsseldorf mbH erteilt ihr Einverständnis zum Bau der Anlage mit den vorgelegten Ausführungsunterlagen, wenn die in Ziffer 3 genannten Vorschriften und Richtlinien, die Bestimmungen des Netzanschlussvertrages und eventuelle zusätzliche Vereinbarungen beachtet worden sind.

Der Anschlussnehmer erhält ein Exemplar mit Bestätigungsvermerk zurück. Ein Exemplar verbleibt bei Netzgesellschaft Düsseldorf mbH; ggf. eingetragene Änderungen und Ergänzungen sind bei der Ausführung zu beachten.

6.2 Errichtung

Gas-Druckregel- und -Messanlagen sind vor Witterungseinflüssen und vor Zugriffen Unbefugter durch Unterbringung in Räumen (Gebäuden/ Schutzgehäusen) zu schützen, die den Vorschriften entsprechen. Die Raumtemperaturen müssen die zulässigen Temperaturbereiche der Messgeräte einhalten.

Elektrische Geräte ohne Ex-Schutz (z.B. elektronische Mengenumwerter oder Leistungsregistriergeräte) sind, sofern eine Ex-Zone vorliegt, außerhalb des explosionsgefährdeten Bereiches in einem abgetrennten Raum unterzubringen. Gasdruckregelung und Gasmengenmessung können in getrennten Räumen errichtet werden, wenn die örtlichen Verhältnisse dies erfordern. Räume die tiefer liegen als 3 m unter Erdgleiche sind zu vermeiden. Entspannungsleitungen sind auf dem kürzesten Weg, stetig steigend, nach außen zu führen. Fremdinstallationen in dem Anlagenraum sind nicht gestattet. Der Elektroschrank muss in einem separaten Raum installiert werden.

6.3 Anzeige der Errichtung

Der Anschlussnehmer wird Netzgesellschaft Düsseldorf mbH rechtzeitig vor Beginn der Errichtung der GDRM-Anlage schriftlich verständigen.

6.4 Prüfungen und Prüfungsnachweise

Der Beauftragte der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH kontrolliert, ob die GDRM-Anlage mit den von Netzgesellschaft Düsseldorf mbH geprüften und bestätigten Ausführungsunterlagen übereinstimmt

Nach Fertigstellung der Anlage sind die nach den Technischen Regeln erforderlichen Abnahmeprüfungen durch DVGW-Sachverständige bzw. Sachkundige vorzunehmen.

Netzgesellschaft Düsseldorf mbH darf verlangen, dass die Prüfungen des Sachverständigen bzw. Sachkundigen in Gegenwart des Netzgesellschaft Düsseldorf mbH-Beauftragten durchgeführt werden. Die Termine der Prüfungen sind mit der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH abzustimmen. Vor der Gasfreigabe und der Inbetriebnahme sind der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH folgende Prüfbescheinigungen vorzulegen:

- ◆ für GDRM-Anlagen nach G 459-2 Bescheinigung der Fachkraft/des Sachkundigen oder des VIU (Vertrags-Installationsunternehmen)
- ◆ Bescheinigung des Sachkundigen nach G 491/G 492 bei GDRM-Anlagen, die für einen Eingangsdruck bis einschließlich 5 bar ausgelegt sind.
- ◆ Bescheinigung des DVGW-Sachverständigen nach G 491/G 492 bei GDRM-Anlagen, die für einen Eingangsdruck von mehr als 5 bar ausgelegt sind.
- ◆ Bescheinigung des Sachverständigen nach § 5.1 und 6.1 GasHL-VO bei Eingangsdrücken über 16 bar.

Die folgenden Bescheinigungen und Unterlagen sind spätestens 2 Monate nach Inbetriebnahme an die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH zu übergeben:

- ◆ Nachweis über die Erfüllung von Auflagen zum Betrieb der Anlage, falls solche durch Sachverständige bzw. Sachkundige ausgesprochen wurden.
- ◆ Schlussbescheinigung des Sachverständigen nach § 6.2 GasHL-VO bei Eingangsdrücken über 16 bar.

6.5 Eigentumsübergang

Sofern der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH der Auftrag für die Planung und den Bau erteilt wurde, geht die Anlage nach vollständiger Zahlung der Leistung in das Eigentum des Kunden über. Hiermit wird gleichzeitig die Betreiberverantwortung übertragen.

6.6 Aufnahme der Gasversorgung / Inbetriebnahme

Nach Abschluss der Prüfungen ist die Inbetriebnahme der Gasanlage der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH spätestens eine Woche vor dem geplanten Termin schriftlich anzugeben. Der Anschlussnehmer übergibt der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH im Vorfeld, vor Gasfreigabe und Inbetriebnahme, außerdem eine Bescheinigung über die Druckfestigkeit und Dichtheit der ausgangsseitig angeschlossenen Anlagen. Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH stellt die Gasversorgung her, sobald die Nachweise über die durchgeführten Prüfungen vorliegen. Die Inbetriebnahme der GDRM-Anlage erfolgt durch einen Sachkundigen im Auftrag des Anschlussnehmers.

7. Änderungen und Umbauten an GDRM-Anlagen

Die Regelungen zu Ziffer 6 gelten sinngemäß auch für Änderungen und Umbauten an bestehenden GDRM-Anlagen. Die Druckstufeneinstellung ist nur mit Zustimmung der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH zu verändern.

8. Instandhaltung der GDRM-Anlagen

8.1 Beauftragung eines Fachunternehmens

Die Instandhaltung (Überwachung, Wartung und Instandsetzung) der Anlagen obliegt dem Anschlussnehmer. Dieser kann ein nach DVGW G 493-2 zertifiziertes Fachunternehmen oder die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH mit den notwendigen Arbeiten beauftragen. Spätestens bei Inbetriebnahme ist der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH schriftlich anzugeben, wer mit der Überwachung und Wartung der

Anlage, gemäß dem DVGW-Arbeitsblatt G 495, beauftragt wurde. Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH ist berechtigt, vom Anschlussnehmer einen Nachweis über die turnusmäßige Überwachung und Wartung zu verlangen. Der Anschlussnehmer benennt der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH die für den Betrieb der GDRM-Anlage verantwortliche Person.

8.2 Sauberkeit in der Anlage

Der Anschlussnehmer hat für die Sauberkeit der Geräte und Räume einschließlich Nebenanlagen zu sorgen. Im Aufstellungsraum der GDRM-Anlage darf nur das für den Betrieb der GDRM-Anlage erforderliche Zubehör lagern, wenn dieses die Fluchtwege nicht einschränkt und den Betrieb, die Funktion und die Instandhaltung der Gasanlage nicht behindert.

8.3 Meldung über Schäden, Mängel und Störungen

Schäden, Mängel und Störungen an den GDRM-Anlagen, die die Funktionstüchtigkeit der Messanlage beeinträchtigen können, sowie Maßnahmen zu deren Beseitigung hat der Anschlussnehmer die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH unverzüglich fernmündlich und schriftlich mitzuteilen.

Wartungs- und Reparaturtermine an Messgeräten sind der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH durch den Messstellenbetreiber spätestens fünf Werktage vorher mitzuteilen, um einem Netzgesellschaft Düsseldorf mbH-Beauftragten die Teilnahme zu ermöglichen.

8.4 Behebung festgestellter Mängel, Wiederholungsprüfungen

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH hat das Recht, die Anlage jederzeit durch einen Beauftragten prüfen zu lassen. Der Anschlussnehmer hat dafür zu sorgen, dass die Anlage ohne Zeitverlust betreten werden kann. Festgestellte Mängel sind vom Anschlussnehmer unverzüglich zu beseitigen. Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH hat das Recht, die Vorlage der Prüfbescheinigungen über Wiederholungsprüfungen zu verlangen, die nach § 12 der Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen in Zeitabständen von drei Jahren durchzuführen sind.

8.5 Veränderung der Sollwert-Einstellung von Druckregelgeräten

Veränderungen der Sollwert-Einstellung von Druckregelgeräten, die der Messanlage vorgeschaltet sind, sind vom Anschlussnehmer bei der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH vorher anzuzeigen und die Zustimmung des Netzbetreibers einzuholen. Der Zeitpunkt der Veränderung und die dabei aufgenommenen Druckwerte und Zählerstände sind der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH schriftlich mitzuteilen.

9. Gaszählerumgang

9.1 Armaturentyp

Ist eine Gaszählerumgangsleitung vorhanden, so ist in diese eine Gasdichte und staubunempfindliche, in geschlossenem Zustand auf Gasdichtheit prüfbare, Absperrarmatur bzw. zwei Absperrarmaturen mit Zwischenentspannung einzubauen. Die Absperrarmatur/-Armaturen ist/sind zu schließen und wird/werden von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH plombiert. Die Plomben dürfen nur mit Einwilligung von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH entfernt werden (siehe Ziffer 10.1).

9.2 Öffnung der Gaszählerumgangsarmatur

Sollte zur Abwendung von Gefahren oder erheblicher Nachteile zur Öffnung der Absperrarmaturen die sofortige Entfernung der Plomben erforderlich sein, so ist die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH hiervon unverzüglich telefonisch und schriftlich zu verständigen (siehe auch Ziffer 10.1).

Die für die Auswertung wichtigen Daten (Uhrzeit, Zählerbelastung, Zählwerkstände, Dauer der Öffnung des Gaszählerumganges) sind schriftlich festzuhalten und der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH zur Verfügung zu stellen.

10. Messeinrichtungen, Eichung

10.1 Geeichte Messgeräte; amtliche Plomben

Messgeräte, die der Abrechnung dienen, müssen geeicht sein. Amtliche Plomben an geeichten Messgeräten dürfen nicht verletzt werden.

Plomben der Eichbehörde bzw. der staatlich anerkannten Prüfstelle dürfen nur mit Einwilligung der Eichbehörde sowie nach unverzüglicher Benachrichtigung von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH bzw. des Messstellenbetreibers entfernt werden. Netzgesellschaft Düsseldorf mbH-Sicherungsplomben an Messgeräten und Armaturen dürfen nur mit Einwilligung von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH entfernt werden.

Es können Messgeräte zum Einsatz kommen, die entweder nach EG-Richtlinie oder nach Konformitätsbewertung anhand der europäischen Messgeräterichtlinie (MID) zugelassen sind.

11. Allgemeines

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH ist berechtigt, diese Anschlussbedingung zu ändern. Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH wird die Änderung dem Netzanschlussnehmer schriftlich mitteilen. Die Änderungen gelten als vom Anschlussnehmer genehmigt, wenn dieser nicht innerhalb eines Monats nach Erhalt schriftlich widerspricht.

Anhang 1

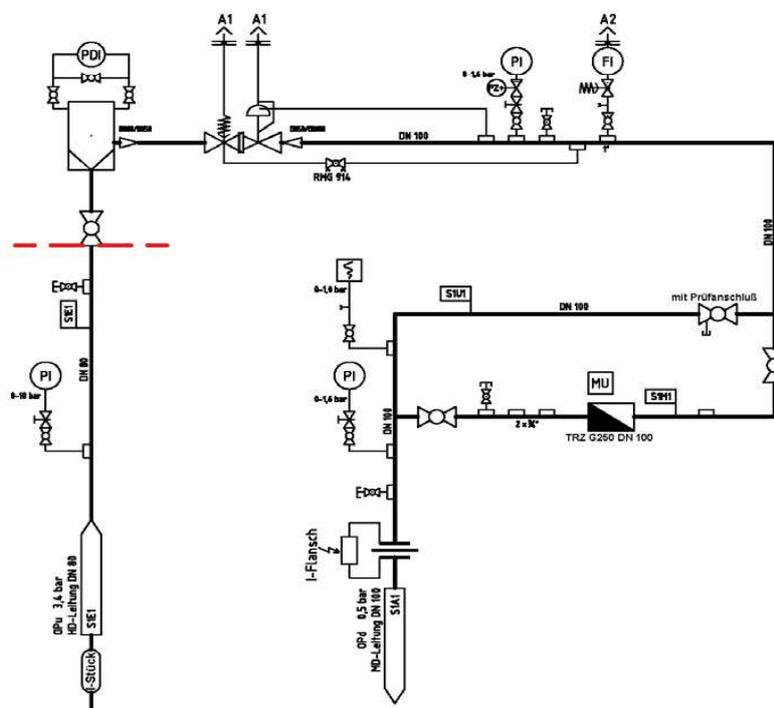


Abbildung 1: Beispielhaftes Schema einer Kundenanlage ohne Umgehungsschiene. Die Eigentumsgrenze ist hervorgehoben. Sie befindet sich hinter dem ersten Flansch in Gasflussrichtung im Gebäude.

Zustimmungserklärung des Grundstückseigentümers zur Herstellung oder Änderung des Netzanschlusses gemäß §§ 2 Abs. 3 NAV/NDAV

Sehr geehrter Kunde,

Anschlussnehmer, die nicht Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigte sind, haben gemäß § 2 Abs. 3 der "Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung - NAV)" - BGBl. 2006, Teil I, S. 2477 ff. - bzw. § 2 Abs. 3 der "Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung - NDAV)" - BGBl. 2006, Teil I, S. 2485 ff. - die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Herstellung und Änderung des Netzanschlusses unter Anerkennung der für den Anschlussnehmer und ihn damit verbundenen Verpflichtungen beizubringen.

Diese Zustimmungserklärung ist erforderlich, um bei einem Auseinanderfallen in der Person des Anschlussnehmers und des Grundstückseigentümers/Erbbauberechtigten dem Netzbetreiber die Ausübung seiner Rechte und Pflichten insbesondere bei der Herstellung, Änderung und Aufrechterhaltung des weiteren Betriebes des Netzanschlusses auch gegenüber dem Grundstückseigentümer/Erbbauberechtigten zu ermöglichen. Mit der Zustimmungserklärung wird der Grundstückseigentümer nicht Schuldner der aus dem Netzanschlussverhältnis resultierenden Kosten.

Dies vorausgeschickt, stimmt der Eigentümer

(Firma), Name, Vorname, Straße und Haus-Nr., Postleitzahl/Ort

als Eigentümer des Grundstücks

Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort
Gemarkung, Flurstück, Flurnummer

der Herstellung beziehungsweise Änderung des Netzanschlusses für den Anschlussnehmer

(Firma), Name, Vorname, Straße und Haus-Nr., Postleitzahl/Ort

auf dem o. g. Grundstück zu und erkennt die für den Anschlussnehmer und den Grundstückseigentümer /Erbbauberechtigten damit verbundenen Verpflichtungen, insbesondere gemäß §§ 5, 6, 8, 10 und 12 NDAV, an. Die NDAV gilt für die Gasversorgung in Mitteldruck insoweit entsprechend. Sämtliche Verordnungen sind im Internet unter www.netz-duesseldorf.de veröffentlicht.

_____, den _____

Unterschrift Grundstückseigentümer